

Kommentare

Die Koalitionsmehrheit im Bundestag hat die von FDP und Grünen verlangte Entlassung von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) abgelehnt. Aus Überzeugung stehen die Koalitionäre aber nicht zu Tiefensee.

Tiefensee ist erledigt

Von unserem Korrespondenten
Martin Rücker

Es ist ein Freispruch zweiter Klasse für Wolfgang Tiefensee. Er behält sein Amt, doch die Vorwürfe, er habe es in der Affäre um Bahn-Boni mit der Wahrheit nicht so genau genommen, stehen weiter im Raum. Auch wenn der Bundestag gestern mit großer Mehrheit die Oppositionsanträge auf Entlassung des Bundesverkehrsministers abgelehnt hat, steht der als Verlierer da.

Verloren hat er vor allem den Respekt der Kollegen. Tiefer als Tiefensee kann ein Minister im Ansehen kaum sinken. Seine Bilanz ist dürrig: Kaum Akzente beim Aufbau Ost, beinahe jede seiner Reformen von der Lkw-Maut bis hin zu einem neuen Bußgeldkatalog für Verkehrssünder eine Hängepartie. Und mit seinem Modell zur Bahnprivatisierung scheiterte Tiefensee noch an der eigenen Partei – er musste in der weiteren Debatte anderen wie dem Finanzminister das Feld überlassen. Dann auch noch die Boni-Affäre. Gründe für Tiefensees Auswechslung gäbe es also. Doch er bleibt, weil die SPD keine überzeugende Alternative hat und sich nach dem Ypsilanti-Debakel in Hessen keine weitere Blöße geben will. Er bleibt, weil der Union ein schwacher SPD-Minister im Wahlkampf durchaus gelegen kommt. Soweit ist es schon: Die Union hält Tiefensee für so unbedeutend, dass es nicht einmal lohnt, seinetwegen einen Koalitionskrach anzuzetteln.

Europas verschwenderischer Umgang mit Energie macht die Gemeinschaft zunehmend abhängig: Das ist eine Gefahr, die nicht länger ignoriert werden darf. Doch die Rezeption könnte den Klimazielen einen Strich durch die Rechnung machen.

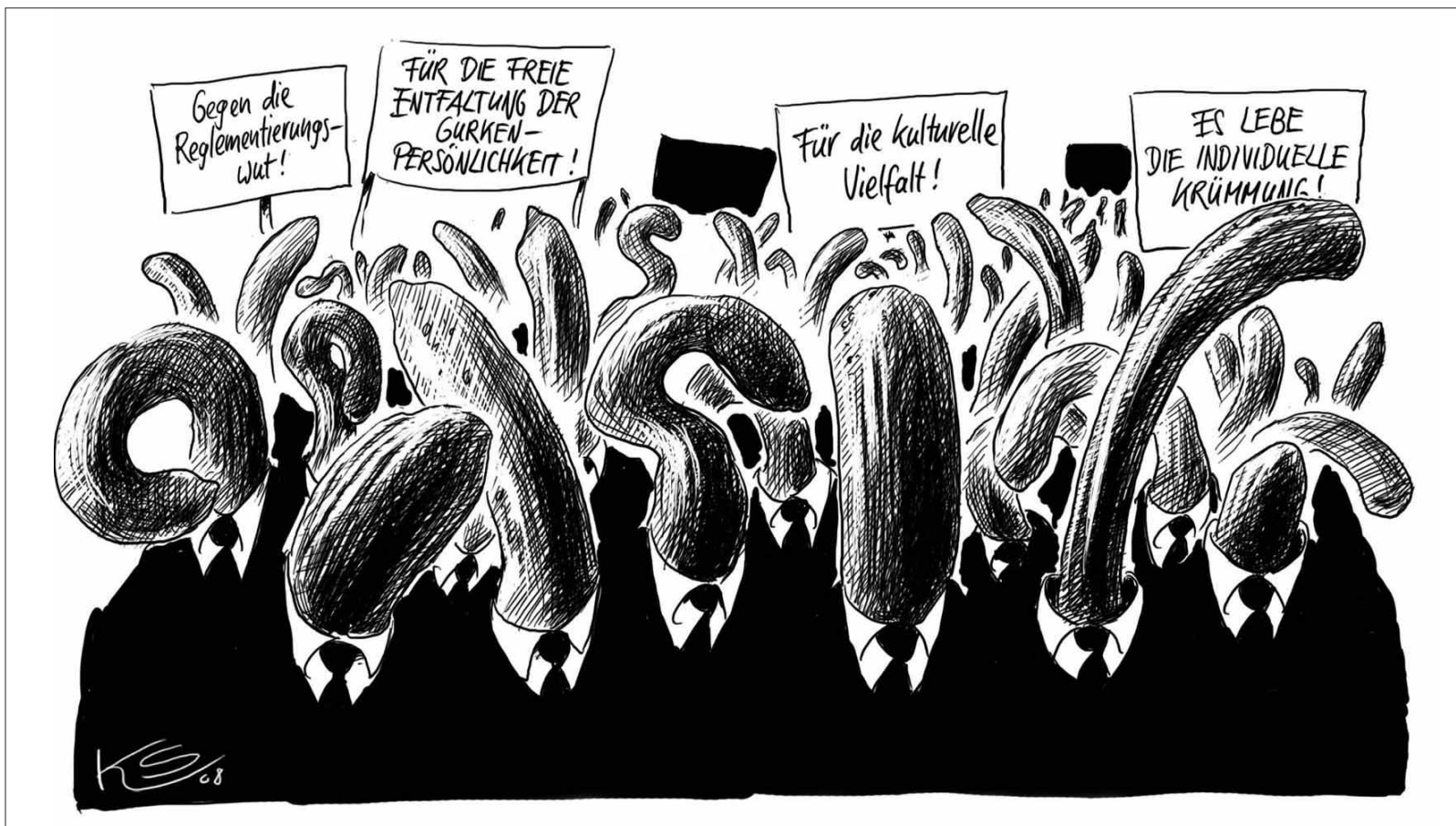
Rezeption bedroht Klimaziele

Von unserer Korrespondentin
Anja Ingenrieth

Die Kommission zieht die richtigen Schlüsse: Die Europäer sollen konsequenter Energie sparen und verstärkt in heimische Quellen investieren – von Windkraft über Kraft-Wärme-Kopplung bis zur Kernenergie. Anders wird die EU weder autarker noch kann sie ihre eigenen, ehrgeizigen Klimaziele erfüllen. Allein 40 Prozent des europäischen Energieverbrauchs gehen auf Wohn- und Bürogebäude zurück, 30 Prozent davon könnten durch mehr Effizienz eingespart werden. Dieses Potenzial darf nicht ungenutzt bleiben. Brüssel setzt somit an der richtigen Stelle an. Angesichts der Finanzkrise bleibt es aber ungewiss, wann Unternehmer in energiesparende Kühltruhen investieren. Und für die bessere Isolierung von Gebäuden ist privates Kapital nötig.

Genau da liegt das Problem: Brüssels Credo „Öko-Investitionen rechnen sich langfristig“ zieht angesichts der drohenden Rezession nur bedingt. Im Gegenteil: Industrie und Verbraucher fürchten kurzfristig Milliarden-Lasten durch den geplanten Emissionshandel und strikte CO₂-Grenzwerte für Pkw, die Strom und Neuwagen erstmal deutlich verteuern dürften. Die EU-Länder treten deshalb auf die Öko-Bremse, wollen keinen massiven Jobabbau riskieren. In der Krise hat der Klimaschutz keine Konjunktur. Dem wird die Kommission Rechnung tragen müssen.

Karikatur des Tages



Wachstumsdebatte in Brüssel

Pater Anselm Bilgri rät zu einer neuen Unternehmenskultur

„Nötig ist eine Schule des Gewissens“

LINDAU - In Krisen wird der Ruf nach Ethik und Moral im Kapitalismus lauter. Daher haben Experten auf diesem Gebiet jetzt Hochkonjunktur – so auch der ehemalige Mönch Anselm Bilgri, der nach seinem Fortgang aus dem Kloster Andechs als Redner die Säle füllt. Unser Mitarbeiter Erich Nyffenegger wollte von ihm wissen, ob Benediktiner die besseren Manager sind.

SZ: Wäre es überhaupt zur Finanzkrise gekommen, wenn mehr Benediktiner in den Vorstandsetagen der Banken sitzen würden?

Bilgri: Ich glaube, dass das Leben nach der Benediktinerregel keine Garantie für Erfolg ist. Man kann sie gut oder schlecht leben. Benediktinerklöster sind genauso schon untergegangen, wie andere erfolgreich sind. Es hängt natürlich nicht nur vom Kloster allein, sondern auch von äußeren Umständen ab. Benediktinerregeln geben aber auf alle Fälle eine gute Handhabung, wie man mit Menschen umgeht und fürs Zusammenleben.

SZ: Sie sind viel als Berater in Fragen der Unternehmenskultur unterwegs. Was würden Sie der Bundesregierung derzeit empfehlen?

Bilgri: Erst einmal genau zuhören, auch möglichst viele Seiten mit Erfahrung anhören und nicht den Bodenkontakt verlieren. Das ist ja eines der Dinge, die man unseren Eliten heute immer vorwirft, dass sie so abgehoben sind. Da neigen bestimmte Klassen dazu. Man muss genau hinschauen, was jetzt wirklich notwendig ist. Und eine neue Kultur des Dienens pflegen. So wie es die Bundeskanzlerin vor drei Jahren gesagt hat: „Ich will Deutschland dienen.“ Das Bild des Dienens wolle, wenn man oben steht, muss gestärkt werden. Damit das Dienen auch von oben

nach unten vorgelebt wird. Das ist auch so ein Problem unserer Eliten, dass sie ihre Situation oft nur als Herrschafts- und Machtposition sehen.

SZ: Haben Sie den Eindruck, dass es viele Unternehmer gibt, die dienen wollen?

Bilgri: Durchaus. Dienen ist aber eine Haltung, die eingeübt werden muss. Das geht nicht von heute auf morgen. Viele fallen beim Versuch in alte Verhaltensmuster zurück. Schließlich sind Unternehmer und Manager oft Alpathiere. Das rechte Maß zu finden

zwischen Anschieben und Anhören ist nicht leicht.

SZ: Was meinen Sie, welche Aufgabe den Banken jetzt in der Krise zukommt?

Bilgri: Wichtig ist das Vertrauen. Offensichtlich war es so, dass man sozusagen aus purer Gier den Kunden übers Ohr haut, ihn über den Tisch zieht. Und dass für den Bankberater heute wichtiger ist, dass seine Prämie stimmt, als dass er dem Kunden etwas Gutes tut. Und dieses Misstrauen, das dadurch entstanden ist, muss man wieder in Vertrauen verwandeln. Das geht nur durch Transparenz und indem man ehrlich und offen miteinander umgeht. Vor allem müssen die Banken damit aufhören, ihre eigenen Mitarbeiter daraufhin zu trimmen, dass nur die Rendite wichtig ist. Das Vertrauen der Kunden ist im Sinne der Nachhaltigkeit unendlich viel wichtiger.

SZ: Glauben Sie, dass wir nach der Krise ethischer Banker und weniger gierige Menschen haben werden?

Bilgri: Die Gier ist immer da. Das ist ja auch ein legitimer Antrieb für die Wirtschaft, dass man mehr haben möchte. Wichtig ist die Frage: „Was ist vertretbar vor mir selbst?“ Wir benötigen eine Schule des Gewissens. Ich glaube auch, dass im Wirtschaftsstudium, in der Bankausbildung und bei allen die mit Geld und Wirtschaft zu tun haben, das Thema ethische Verantwortung eine Rolle spielen muss. Schließlich hat die Wirtschaft in unserer heutigen Zeit eine Leitfunktion, die sie früher nie hatte. Aber durch die Ökonomisierung aller Gesellschaftsbereiche kommt eine ganz neue Verantwortung auf die Wirtschaftsführer zu, derer sie sich oft gar nicht bewusst sind.

SZ: Woran liegt es, dass geistliche Menschen wie Sie zurzeit in der Wirtschaft als Berater so gefragt sind?

Bilgri: Einem Mönch nimmt man eher ab, dass er sich auf das Wesentliche konzentriert. Außerdem: Es gibt Benediktinerklöster, die seit sage und schreibe 1500 Jahren wirtschaftlich erfolgreich sind. Da fragen sich Unternehmer von heute, was ist da wohl dran, dass Klöster so einen nachhaltigen und dauerhaften Erfolg haben. Vielleicht gibt es da ja wirksame Führungsprinzipien, wie man das gemeinsame Leben und Arbeiten am besten gestaltet.

SZ: Haben Sie Angst um Ihr Sparbuch und worin investiert ein ehemaliger Mönch?

Bilgri: Schon als wirtschaftlicher Leiter des Klosters Andechs habe ich nur in nachweislich sichere Anlagen investiert. Und das gilt für mich privat ebenso: ganz konservativ. Nicht aber aus ethischen Gründen heraus, sondern ganz pragmatisch aus dem Wunsch nach Sicherheit. Mein Vater hat mir immer gesagt: „Wenn Dir jemand mehr als fünf Prozent Zinsen verspricht, sei vorsichtig!“

i Anselm Bilgri trat 1975 ins Benediktinerkloster Andechs ein. Er studierte Philosophie und Theologie in München. 1980 weihte ihn der heutige Papst Benedikt XVI. zum Priester. Von 1986 an leitete Bilgri erfolgreich die Wirtschaftsbetriebe des Klosters Andechs mit rund 200 Mitarbeitern. Im Jahr 2004 trat Bilgri nach Differenzen mit dem neuen Abt aus dem Kloster aus. Seither arbeitet Bilgri als Berater und Redner in Fragen der Unternehmenskultur und schreibt Bücher.

SZ-Interview



Anselm Bilgri ermuntert Unternehmen in Zeiten wie diesen nachdrücklich dazu, sich endlich wieder auf den Wert des Dienens zu besinnen. Foto: nfy

Analyse

Ursache des U-Boot-Unglücks wird auffallend schnell geklärt

MOSKAU - Die Erfolgsmeldung der russischen Ermittler hat erstaunlicherweise nicht lange auf sich warten lassen. Gerade einmal vier Tage sind vergangen, seit bei einem Unglück auf dem Atom-U-Boot „Nerpa“ 20 Menschen erstickten. Und schon präsentierte die Staatsanwaltschaft gestern den Schuldigen.

Ein Matrose soll das Feuerlöschsystem ausgelöst haben – ohne Anweisung und ohne ersichtlichen Grund. Praktischerweise hat der Seemann auch gleich ein Geständnis abgelegt. Jetzt drohen ihm wegen Totschlags bis zu sieben Jahre Haft. Eine glatte Sache. Doch es erscheint ein bisschen zu glatt, wenn man bedenkt, wie viele Unfälle es schon auf russischen Unterseebooten gegeben hat.

Bei dem spektakulären, dem Untergang der „Kursk“, war es die typische russische Kombination aus Groß-

mannsucht und Schlamperei, die die Katastrophe auslöste. Die „Kursk“ – eines der größten U-Boote der Welt – sollte damals unbedingt an einem Manöver teilnehmen, weil die russische Führung unter Wladimir Putin der Welt die neu gefundene Stärke des Landes demonstrieren wollte.

Warnungen, dass sich an Bord des U-Bootes ein defektes Torpedo befand, wurden einfach ignoriert. Die Explosion des Geschosses kostete 118 Männer das Leben.

Seit 17 Jahren im Bau

Der jetzt verunglückten „Nerpa“ war von vornherein kein gutes Schicksal beschieden. Das Boot, 1991 auf Stapel gelegt, brauchte 17 Jahre, bis es zu seinen ersten Testfahrten auslaufen konnte. Dabei ging verheerend die Feuerlöschanlage los, giftiges Freon strömte im Bug aus und tötete

17 Werftmitarbeiter und drei Marine-Soldaten. Noch am Tag des Unglücks waren die russischen Ermittler überzeugt, Ursache könne nur „der menschliche Faktor“ gewesen sein.

Die Zweifel häufen sich

Nun haben sie den menschlichen Faktor gefunden – in Gestalt eines Matrosen. Kenner der Materie aber hegen starke Zweifel an der Version der Staatsanwaltschaft. Der renommierte russische Militärexperte Pawel Felgenhauer etwa glaubt, der beschuldigte Marine-Soldat müsse nur als „Sündenbock“ herhalten. Die wahre Ursache für die meisten Unglücke dieser Art sei der Mangel an qualifiziertem Personal bei den russischen Streitkräften seit dem Ende der Sowjetunion.

Das Geständnis habe man dem Matrosen möglicherweise unter Druck abgepresst, glaubt ein Offizier

der „Nerpa“. Der Beschuldigte sei ein intelligenter Spezialist mit mehrjähriger Erfahrung in der Flotte. Wie glaubwürdig ist es, dass so jemand ohne Grund einen falschen Knopf drückt?

Überhaupt haben die russischen Medien bereits mehrere Ungereimtheiten rund um das Unglück aufgedeckt. Die „Nerpa“ soll als erstes U-Boot dieses Typs mit einer vollautomatischen Feuerlöschanlage ausgestattet gewesen sein – und das neue System hatte schon bei einer Testfahrt im Sommer Schwierigkeiten gemacht. Die Zahl der Todesopfer ist offenbar auch deshalb so hoch, weil viele Gasmasken an Bord nicht funktionierten.

Augenzeugen berichteten von Erstickten, die man mit aufgesetzter Maske geborgen habe. Es gibt einfach zu viele Ungereimtheiten, um die Schuld an dem Unglück einfach rasch einem einzigen Menschen aufzubürden.
Doris Heimann

Randnotiz

Nur geträumt

Eine schöne Meldung erreichte diese Woche die Redaktion: Eine gefälschte Ausgabe der „New York Times“ in Millionenaufgabe habe mit Datum 4. Juli 2009 das Ende des Irakkriegs vermeldet. Die täuschend echt wirkende „Sonderausgabe“ berichtet außerdem über die Schließung des US-Gefangenenlagers Guantanamo Bay in Kuba und dass George W. Bush wegen Hochverrats angeklagt worden sei. Weitere Story: Ex-US-Außenministerin Condoleezza Rice entschuldigt sich für Lügen über angebliche Massenvernichtungswaffen.

Oh, wie lässt sich mit so einer Vorlage trefflich träumen! Man stelle sich vor: Das Fachorgan „Der schwäbische Bauer“ berichtet zum 1. April 2009: „Allgäuer Landwirte kassieren 50 Cent pro Liter Milch.“ Oder die „Financial Times“: „Manager zeigen Reue – Millionengehälter gespendet.“ Die SZ schreibt am 12. Juni 2010: „Lückenschluss auf der A96 – Verkehr fließt.“ Und: Die „Bunte“ vermeldet schon am 1. Dezember 2008: „Veronica Ferres gibt Abschied von Film, Funk und Fetten bekannt.“ (bil)

Das Zitat



„Wir haben eine Regierung gegenwärtig, so stark wie ein Bär – von den Zahlen her. Sie ist aber schwach bis zum Torkeln, wenn es darum geht, wirklich eine Richtung einzuschlagen.“
Foto: dpa

(Der scheidende Grünen-Parteivorsitzende Reinhard Bütikofer in einem Interview)

Pressestimmen

Kongo bleibt Hilfe versagt

Die liberale norwegische Tageszeitung „Dagbladet“ (Oslo) meint zu den internationalen Reaktionen auf die Krise im Kongo:

„Nirgendwo gibt es größeren Bedarf an einer Ordnungsmacht und militärischen Friedenseinheiten als im Kongo. Die UN berichten von grauenvollen Taten durch Tutsis, Hutus wie auch kongoleische Regierungstruppen. Die Kriegsherren und Milizen im östlichen Kongo müssen entwapnet werden. Das hätte schon längst geschehen müssen. Würde der Kongo woanders auf der Welt liegen, wäre das auch längst geschehen. Alle sagen, dass irgendjemand etwas tun müsse. Aber alle sehen nur die anderen an.“

Barack Obama steuert um

Über die Ausweitung des US-amerikanischen Hilfspakets für die Banken auf die Wirtschaft schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“:

„Barack Obama hat bei seinem ersten Besuch im Weißen Haus Präsident George W. Bush dazu aufgefordert, seinen Widerstand gegen zusätzliche staatliche Hilfen an die Autoindustrie aufzugeben. Für den künftigen US-Präsidenten Obama entwickelt sich die Krise in dieser Branche zu einem frühen Test seiner Führungsfähigkeit. Er scheint bereit zu sein, seine anfängliche Zurückhaltung aufzugeben und auf Präsident Bush Druck auszuüben, unverzüglich staatliche Mittel für die Autobauer zur Verfügung zu stellen.“

Öl gehört nicht die Zukunft

Die französische Wirtschaftszeitung „Les Echos“ schreibt über den sinkenden Preis bei Erdöl:

„Industrielle, Regierende und Bürger werden durch den Preisverfall des Erdöls beruhigt. So besteht die Gefahr, dass die Bemühungen bei der Förderung alternativer Energien nachlassen. Man darf jedoch nicht vergessen, dass die Epoche nach dem Erdöl unabweichlich auf uns zukommt. Deshalb sind wir gezwungen, das Zeitalter nach dem Erdöl vorzubereiten.“